



13. September 2004, , Neue Zürcher Zeitung

Post-Initiative - Emotion gegen Sachlichkeit

Der Auftrag zum Unterhalt eines flächendeckenden Poststellennetzes, eine Defizitgarantie des Bundes sowie ein Anhörungsrecht der Gemeinden sollen in der Verfassung festgeschrieben werden: Dies fordert die Initiative «Postdienste für alle». Der Abstimmungskampf wird hochemotional geführt, doch die nachfolgenden Beiträge zeigen, dass beide Parteien durchaus auch sachbezogene Argumente beibringen können.

Kampf um Sondervorteile bringt den Konzern in Gefahr

Von Alex Beck und Markus Saurer*

Der Service public bewegt sich zwischen Grundversorgung und dem Kampf um die Erhaltung gut bezahlter Arbeitsplätze und anderer Sondervorteile. Gerade Letzteres gilt für die Post- Initiative. Sie hat wenig mit dem Postdienst zu tun, aber viel mit Strukturhaltung und Beschäftigungsgarantie. Als Nutzniesser dieser Politik wähnen sich Gemeinden, deren unrentable Poststellen weiterbetrieben werden, sowie ein Teil der Privatkunden und Beschäftigte solcher Poststellen. Ob regionaler Ausgleich und Beschäftigungssicherung verfolgt werden sollen, ist eine Frage, auf die wir uns nicht einlassen. Es reicht aus zu prüfen, ob solche Ziele mit der eingeschlagenen Politik oder der Initiative wirkungsvoll verfolgt werden können.

Schlechteste Form regionaler Förderung

Der Brief wird zusehends von elektronischen Medien verdrängt. Auch das Begleichen von Rechnungen bedingt selten mehr den Gang an den Postschalter. Die Frequenzen in den Poststellen sind stark rückläufig, die Post muss handeln. Sie schliesst unrentable Poststellen, sorgt aber im Sinne ihres gesetzlichen Versorgungsauftrags für Ersatz mit Hauservice, mobilen Poststellen oder Agenturen. Das Erbringen von Postdiensten bedarf daher keiner teuren Poststelle mehr vor Ort.

Weshalb aber setzen sich Gemeinden vehement für das Weiterführen von Poststellen ein, wenn doch der Postdienst weiterhin, bloss günstiger, erbracht wird? Der Nutzen besteht für sie nicht nur im Dienst, sondern vor allem auch in den dadurch verursachten Kosten. Letztere sind für die Gemeinden Einkommen, die - dank der Initiative - von «aussen» finanziert würden. Das Führen einer unrentablen Poststelle entspricht aber einer versteckten Subvention. Die Post-Initiative wird deshalb für eine - nicht effiziente - regionale Wirtschaftsförderung instrumentalisiert.

Nicht nur die Post kann aber Mittel effizienter einsetzen. Auch die Gemeinden würden sich keinesfalls für den Weiterbetrieb ihrer Poststellen stark machen, wenn sie für die Defizite aufkommen müssten; vielmehr würden sie die dafür nötigen Mittel nicht ausgeben oder nützlicheren Verwendungen zuführen. Dies gälte auch, wenn ihnen beispielsweise der Bund eine Kompensation in der Höhe des (kapitalisierten) Defizits der Poststelle zur freien Verfügung entrichtete. - Wer auch immer die Poststellendefizite trägt, die Erhaltung ganz oder teilweise unnützer Strukturen oder Tätigkeiten ist in jedem Fall eine schlechte Form der regionalen Förderung und dürfte im zeitlichen Ablauf gar

kontraproduktiv sein. Gemäss der Initiative würden nicht nur Mittel für ineffiziente Ausgaben gebunden und so bessere Investitionen verdrängt (ineffiziente Allokation). Die geforderte Defizitdeckung durch den Bund wäre auch eine Einladung für wenig kostenbewusstes Verhalten der Post (ineffiziente Produktion). Weder Post noch Regionen, Bund oder Steuerzahlern wäre so ein Dienst erwiesen. Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs wird ein tauglicheres Instrument zum Ausgleich von regionalen Disparitäten zur Verfügung gestellt, denn es gibt den Empfängern die Möglichkeit, die Mittel nach eigenen Präferenzen einzusetzen.

Selbsterstörung der Pöstler?

Wenn zu viele oder zu teure Mitarbeiter im Einsatz sind, führt kein Weg an Arbeitsplatzabbau und Marktlöhnen vorbei. Mit der Initiative wollen die Gewerkschaften dies verhindern, während die Geschäftsleitung der Post für Flexibilität kämpft. Die Post kann aber nicht damit rechnen, dass ihr alle Auflagen adäquat abgegolten werden. Wegen der politisch diktierten Struktur in unrentablen Regionen könnte sie ihr Potenzial an Grössen- und Verbundvorteilen in ihrem Gesamtnetz nie richtig ausschöpfen. Dadurch ergäben sich Opportunitätskosten im Netzverbund, die mit der partiellen Deckung des Defizits unrentabler Poststellen nicht oder immer nur verzögert abgegolten würden. Die Post würde dadurch gerade auch in lukrativeren Versorgungsbereichen und in Wettbewerbsdiensten geschwächt, und der Abgeltungsbedarf würde immer weiter zunehmen.

Mit den Abgeltungen für die Post würde Druck für noch weiter gehende politische Kontrollen und Einflüsse aufgebaut, und der Post drohte eine noch stärkere Reduktion ihrer Flexibilität. Sie hat bereits sehr hohe Umsatzeinbussen hinnehmen müssen und wird heute auch schon in ihrem Kernbereich angegriffen, wie etwa das laufende Projekt «Alternative Zustellorganisation» vor Augen führt. Die Initiative würde eine Regulierungsspirale in Gang setzen, in welcher die Zukunft der Post erheblich gefährdet erschiene. Die Initianten riskieren um den Preis einiger weiterer Jahre relativer Ruhe den Niedergang des Unternehmens, das sie an sich schützen wollen.

* Alex Beck arbeitet als Senior Economist im Economic & Policy Consulting der Credit Suisse Group. Markus Saurer ist selbständiger industrieökonomischer Analytiker und Berater.

Ein Ja zur Initiative ist ein Ja zur Post

Von Christian Levrat, Präsident Gewerkschaft Kommunikation und Freiburger SP-Nationalrat

«Nochmals fünf Poststellen weniger in Zürich? - Widerstand des Stadtrats gegen die Pläne der Post»: So titelte die «Neue Zürcher Zeitung» in der Ausgabe vom 2. Juli dieses Jahres. Sind die Schliessungen der Poststellen Kalchbühl, Hirslanden, Heuried, Fluntern und der Selbstbedienungsstelle Friesenberg gerechtfertigt? Nach Ansicht des Stadtrats hätten nur zwei davon geschlossen werden dürfen, die anderen drei nicht. Der Stadtrat, der täglich Kontakt zur Bevölkerung und zu den Unternehmen dort hat, der ihre Bedürfnisse kennt, der besorgt ist um die Attraktivität der betroffenen Quartiere, hat deshalb die Poststellenkommission des UVEK angerufen. Diese hat den Entscheid am 23. August jedoch bestätigt. Auch wenn sie das nicht getan hätte, der definitive Entscheid liegt so oder so bei der Post.

Ist das eine befriedigende Situation? Nein. Wenn es um Infrastruktur zum Allgemeinwohl geht wie beim Poststellennetz - wie bei der Strom- und Wasserversorgung, dem Strassennetz oder dem öffentlichen Verkehr -, ist es nötig, dass die betroffenen Behörden in Entscheide zu dieser Infrastruktur wirklich einbezogen und nicht bloss «angehört» werden. Es geht dabei nämlich um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung - oder zumindest den Zustand -

der betreffenden Gebiete, seien es Aussenquartiere in Städten und Agglomerationen oder ländliche und Berggebiete.

Die Forderung nach Einbezug der Gemeinden bei den Poststellen-Entscheiden ist ein wichtiger Punkt der Initiative «Post für alle», um weiterhin die Grundversorgung zu haben, wie sie unser Bundesstaat seit der Gründung durch den Freisinn 1848 nach und nach aufgebaut hat. Eine überall im Land zu den gleichen Bedingungen erhältliche Grundversorgung, dank der namentlich die Vororte unserer Grossstädte sozial und wirtschaftlich ein eigenes Leben haben, während sie in Deutschland oder Frankreich oft zu Schlafstädten mit Gewaltproblemen verkommen.

Die Post soll also unserer Meinung nach die örtlichen Behörden besser einbeziehen, aber wozu? Nicht um das Poststellennetz im heutigen Zustand zu zementieren, sondern damit sich dieses am Kundenverhalten orientiert. Das neue Restrukturierungsprojekt der Post - Schliessung von 1000 weiteren Poststellen und Minimaldienste (ohne Zahlungsverkehr) in Kiosk oder Laden - läuft aber auf Einschnitte in die Gewohnheiten der Kundschaft hinaus. Das heisst, diese wird gezwungen, ihr Verhalten zu ändern, indem einem Grossteil die Möglichkeit genommen wird, die Zahlungen am nahen Postschalter zu erledigen.

Die Post ist nicht dazu da, der Kundschaft das Verhalten zu diktieren, sondern die Kundenbedürfnisse zu befriedigen. Die deutliche Verbesserung der Wartezeiten am Schalter nach der Protestwelle im letzten Frühling zeigt schön, wie der Service der Post besser wird, wenn sie auf die Kundschaft hört. In diesem Sinne ist die Initiative eine Möglichkeit für die Schweizerinnen und Schweizer zu sagen, welche Post sie wollen: eine Post, die nicht in erster Linie Rekordgewinne auf Kosten der Leistung anstrebt, sondern die Zufriedenheit der Kundschaft - rentieren kann sie nebenher auch. Das ist der Fall, wie die Explosion des Reingewinns der Post von etwas über 100 Millionen im Jahr 2000 auf voraussichtlich 700 Millionen Ende 2004 zeigt.

Mit dem Finanzierungsartikel will die Initiative nicht mehr und nicht weniger als ein bereits bestehendes Finanzierungssystem der ungedeckten Kosten der Grundversorgung klar regeln und festschreiben. Der Bundesrat selbst plant ein Dreistufen-Finanzierungsmodell: zuerst der reservierte Bereich, der nicht reservierte Bereich und neue Tätigkeitsfelder, dann wenn nötig die Einführung von Konzessionsgebühren bei den Konkurrenten der Post und schliesslich als letztes Mittel eine Abgeltung durch den Bund, denkbar in Form einer Zuteilung von Gewinnen aus anderen Tätigkeitsbereichen der Post an die Grundversorgung. Auch die Initiative will nichts anderes. Sie will es nur schwarz auf weiss.

Die Position der NZZ

hag. Eine Grundversorgung mit Postdiensten, die den Bedürfnissen von Bevölkerung und Wirtschaft entspricht, ist fraglos eine berechnete Forderung. Sie ist aber auf Verordnungs- und Gesetzesebene bereits ebenso eingelöst wie die Garantie dafür, dass die Gemeinden beim Umbau des Poststellennetzes mitreden dürfen. Abzulehnen aber ist die Initiative vor allem wegen der in Aussicht gestellten Subventionen über Steuergelder. Damit würden nur unrentable Dienstleistungsstrukturen zementiert und für die Postkunden attraktivere Alternativen wie etwa der Hausservice verhindert. Zudem würde die Post im scharfen Konkurrenzkampf zum trägen und ineffizienten Konzern und damit zu einem äusserst unsicheren Arbeitgeber.

.....

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/dossiers/2004/abstimmung_0926/2004.09.13-il-

[article9UQXP.html](#)

.....
Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG
.....